



Parlamentssitzung 18. November 2013

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 20.45 Uhr

Vorsitz Erica Kobel-Itten (FDP)

Anwesend

Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Heinz Nacht (SVP)
Bernhard Bichsel (FDP)	Christof Nydegger (SVP)
Adrian Burkhalter (SVP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Christian Burren (SVP)	Markus Plüss (Grüne)
Vanda Descombes-Della Schiava (SP)	Jan Remund (Grüne)
Heidi Eberhard (FDP)	Christian Roth (SP)
Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Stephan Rudolf (BDP)
Thomas Frey (BDP)	Elisabeth Rüeegsegger (SVP)
Martin Graber (SP)	Christoph Salzmann (SP)
Philippe Guéra (BDP)	Bruno Schmucki (SP)
Hermann Gysel (EVP)	Hugo Staub (SP)
Beat Haari (FDP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
Hanspeter Kohler (FDP)	Thomas Verdun (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)	Markus Willi (SP)
Ruedi Lüthi (SP)	Ulrich Witschi (BDP)
Hans Moser (SVP)	Bernhard Zaugg (EVP)
Anita Moser Herren (FDP)	

Entschuldigt

Verena Koshy (CVP)	Ronald Sonderegger (FDP)
Patrik Locher	Barbara Thür
Mathias Rickli (Grüne)	

Gemeinderat

Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident	Katrin Sedlmayer (SP)
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident	Urs Wilk (FDP)
Rita Haudenschild (Grüne)	

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

10. Abfallstrategie 2013 – 2022.....	273
11. 1107 Motion (Grüne, BDP, SP, EVP/CVP/GLP) "Neu bauen mit erneuerbarer Energie"	277
12. 1113 „Motion (FDP.Die Liberalen KÖniz) „Nutzungsbonus für Bauten im Minergie-Standard oder besser“	278
13. 1307 Motion (Heinz Nacht SVP) "Weglassen der Ausnützungsziffer bei energetisch sanierten Gebäuden"	278
14. 1310 Richtlinienmotion (SP KÖniz) "Aufwertung und Stärkung des Orts- und Quartierzentrums - Koordinierte (Sanierungs-)Planungen im Spiegel"	280
15. 1312 Richtlinienmotion (FDP.Die Liberalen KÖniz) "Senkung Grundgebühr Kehricht"	282
16. Verschiedenes.....	284

Begrüssung

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Folgesitzung der Parlamentssitzung vom 11. November 2013.

Es sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Die Parlamentspräsidentin hat keine Mitteilungen anzubringen.

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Wir fahren dort mit der Traktandenliste weiter, wo wir sie letzten Montag unterbrochen haben.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

10. Abfallstrategie 2013 – 2022

Kenntnisnahme; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Der Bericht und Antrag des Gemeinderats sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugesandt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss erfolgt die Kenntnisnahme.

GPK-Referent Heinz Nacht (SVP): Ich darf Ihnen die Abfallstrategie 2013 – 2022 vorstellen. Weshalb eine Abfallstrategie? Rund um den Abfall hat sich bereits viel verändert und wird sich in Zukunft noch viel verändern. Sammeln von Abfällen heisst heute immer mehr, die im Abfall enthaltenen Energiestoffe zurückzugewinnen. Ein grosses Problem ist das Littering, das wilde Deponieren von Abfällen. Die Deponie im Köniztal hat uns auch schon beschäftigt. All dies gehört zur Abfallstrategie.

Die Gemeinde Köniz erbringt Leistungen im Abfallbereich als eigenes öffentliches Dienstleistungsunternehmen. Dadurch ist garantiert, dass sie sehr umweltbewusst und wirtschaftlich handelt, eine gute Dienstleistungsqualität sowie ein professionelles Erscheinungsbild hat und sehr kundenfreundlich funktioniert. Die Abfallbewirtschaftung ist eine gebührenfinanzierte Spezialfinanzierung, die kostendeckend sein muss. Im 2011 mussten die Gebühren leicht erhöht werden und per 2012 konnte mit einem kleinen Überschuss abgeschlossen werden. Die Abfallbewirtschaftung steht finanziell auf guten Beinen. Die Gemeinde Köniz möchte diese Aufgabe weiterhin selbstständig erfüllen und es ist nicht geplant, Teile davon auszulagern.

In der GPK wurde darüber diskutiert, ob der Begriff „Abfallstrategie“ noch visionär ist oder ob die ganze Sache nicht anders benannt werden sollte. Man will die Abfälle möglichst wiederverwerten und was nicht wiederverwertet werden kann, soll verbrannt und somit wiederum in Energie verwandelt werden. Die Optimierung der Abfallsammlung wurde ebenfalls diskutiert. Man kann keinen Hehl daraus machen: In der Gemeinde Köniz wird jedes noch so kleine Strässchen mit den Kehrichtlastwagen befahren. Die Einrichtung von grösseren Sammelpunkten könnte für weniger Fahrten in kleinen Quartierstrassen hilfreich sein. Es besteht ein Bundesgerichtsentscheid, dass ein Fussweg von 250 bis 300 Meter mit dem Kehrichtsack zumutbar ist. Ein wichtiges Argument, das ich hier festhalten will: Wenn der Kehrichtwagen, weil er in engen Quartierstrassen nicht wenden kann, rückwärtsfahren muss, besteht ein hohes Unfallrisiko. Das würde für die Einrichtung von Sammelpunkten sprechen, was jedoch bei der Bevölkerung in der Regel nicht gut aufgenommen wird. In nächster Zeit wird jedoch ein Pilotprojekt im Liebefeld gestartet. Bei Neuüberbauungen werden im Übrigen nur noch Sammelpunkte eingerichtet. Der zu kleine Entsorgungshof an der Muhlernstrasse wurde ebenfalls diskutiert. Er kann am bestehenden Standort nicht ausgebaut werden, weil kein Land zur Verfügung steht. Eine Studie hält fest, dass 40'000 Einwohnende zu wenig sind für die Einrichtung eines professionellen Grossentsorgungshofs. Hier müsste man sich eine gewisse Zusammenarbeit mit der Stadt Bern überlegen. An der Fellerstrasse in Bümpliz wird ein neuer grosser Entsorgungshof realisiert.

Vielleicht findet man sich. Ein weiteres Thema anlässlich der GPK-Diskussion war die Einführung von Mehrweggeschirr bei Grossanlässen. Das würde bedeuten, dass an Grossanlässen wie z. B. dem Gurtenfestival jede/r mit seinem eigenen Porzellanteller anreisen muss.

Die Zusammenlegung mit der Stadt Bern ist kein Thema. Die Gemeinde Köniz operiert in diesem Bereich eher zurückhaltend mit anderen Gemeinden. Manchmal entstehen aber Synergien, ein Beispiel dafür: Die Gemeinde Köniz kann auf die Mitarbeit von kurzfristig einsetzbaren Landwirten zurückgreifen, wenn auf den Kehrriechwagen Personal fehlt. Die Stadt Bern ist an diesem System sehr interessiert.

Ich kann einen Preisvergleich mit der Stadt Bern im Abfallbereich nicht unterlassen: In der Stadt Bern kostet die Grundgebühr 137 Franken/Jahr für 70 m², der 35-Liter-Kehrriechsack kostet 1.50 Franken. In der Gemeinde Köniz kostet die Pauschalgebühr – egal wie gross die Wohnung ist – 87 Franken/Jahr, der 35-Liter-Kehrriechsack aber 2.05 Franken. Die Differenz beträgt 50 Franken, d. h. der Könizer Bürger darf nicht mehr als 91 Säcke pro Jahr in die Kehrriechabfuhr geben. Fazit: Wir stehen – im Vergleich mit der Stadt Bern – mit unseren Preisen nicht schlecht da.

Die Abfallbewirtschaftung der Gemeinde Köniz befindet sich in einem guten Zustand. Die Abfallstrategie 2013 – 2022 baut auf Bewährtem auf und reagiert flexibel auf Veränderungen. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, von der Abfallstrategie zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Gerade erst haben wir unsere Interpellation 1309 „Innovative Abfallbewirtschaftung“ eingereicht und nun liegt die Antwort bereits vor. Wenn doch nur alle Geschäfte so schnell ins Parlament gelangen würden. Die FDP-Fraktion begrüsst die vorliegende Abfallstrategie. Dieses Thema betrifft die Bevölkerung tagtäglich. Wir nehmen zustimmend Kenntnis von der Abfallstrategie, geben dem Gemeinderat aber fünf Punkte mit auf den Weg:

Die Strategie ist langfristig verfasst, uns fehlen daher die langfristigen ökologischen und ökonomischen Aspekte unter dem Einbezug von modernen Techniken, z. B. Füllstandsmessungen für eine optimalere Bewirtschaftung.

Auf Seite 17 in der Abfallstrategie zeigt sich die Problematik der Sicherheit und Sauberkeit von einzelnen Sammelstellen. Auf diesen Punkt haben wir schon vor Jahren hingewiesen. Uns fehlt auch hier in der Abfallstrategie eine Ausrichtung, wie künftig damit umgegangen werden soll. Die FDP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass eine bessere Einsehbarkeit einiges bringen würde.

Dass die Abfallstrategie die Prüfung von Unterfluranlagen vorsieht, beurteilen wir sehr positiv, machen aber an dieser Stelle auf die hohen Kosten aufmerksam.

Der Prüfung einer Litteringgebühr stehen wir sehr skeptisch gegenüber.

Auch der Mehrweggeschirrpflicht können wir aktuell wenig abgewinnen. Sollte dieses Anliegen wirklich kommen, erwarten wir vom Gemeinderat eine pragmatische Umsetzung und den Beleg, dass diese Massnahme eine positive Gesamtbilanz aufweist. Mehrweggeschirr hat nicht in jedem Fall eine positive Gesamtbilanz, auch wenn die Gesamtabfallmenge dadurch geringer wird.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Wir sprechen hier über die Abfallstrategie. Abfall gibt es streng genommen ja gar nicht und darf es in Zukunft auch nicht geben. Beim Abfall handelt es sich grundsätzlich immer um eine Ressource, um Wertstoffe und Energie. Abfall ist Ausgangsstoff für neue Produkte. Bereits heute wird aus Abfall sehr viel Energie gewonnen. Die Menge an Abfall, die wirklich deponiert werden muss, muss in Zukunft gegen Null gehen. Ein kleines Beispiel: In der Schweiz wird jährlich Gold im Wert von 10 Millionen Franken weggeworfen. Wir befinden uns heute am Übergang von der Einbahnwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft. Aktuell findet eine Revision des Umweltschutzgesetzes statt; ein Ziel davon ist die Bewirtschaftung des Abfalls als Ressource. Deshalb müsste das uns vorliegende Papier „Ressourcenstrategie“ genannt werden oder allenfalls „Abfall- und Ressourcenstrategie“. Zumindest hätte ich im Kapitel Vision gerne etwas über solche Überlegungen gelesen. Begriffe beeinflussen unser Denken und das Denken beeinflusst schlussendlich unser Handeln.

Zum Inhalt: Die Fraktion der Grünen stimmt den meisten Punkten der neuen Abfall- und Ressourcenstrategie zu. Bei der Abfallvermeidung begrüssen wir – im Unterschied zur FDP-Fraktion – die geplante Litteringgebühr und die Pflicht zur Benützung von Mehrweggeschirr bei Anlässen. In der Stadt Bern hat sich dies bewährt.

Bei der Abfallvermeidung möchten wir gerne einen Schritt weitergehen: Grundsätzlich müsste bereits beim Produktdesign angesetzt werden. Produkte sollen so hergestellt werden, dass sie vollständig wiederverwertet werden können. Das geht jedoch über die Kompetenzen einer Gemeinde hinaus, da sind Bund und EU gefordert.

Die Kooperation mit dem Handel ist sehr wichtig. Mit dem neuen Vorschlag in der Umweltschutzgesetzrevision kann der Handel verpflichtet werden, weitere Stoffe zurückzunehmen, z. B. Kunststoffhohlkörper (Pet- und Milchflaschen). Wenn dies gesetzlich wird, wird der Handel automatisch die Verpackungen wiederverwertbar gestalten.

Die Kooperation mit anderen Gemeinden ist sehr wichtig, gerade bei den Kehrlichfahrzeugen, beim Entsorgungshof und auch beim Verkauf von Wertstoffen. Wenn Gemeinden Wertstoffe gemeinsam am Markt anbieten, können höhere Preise erwirtschaftet werden.

Wir befürworten die Einrichtung von Kehrlich-Sammelpunkten, denn so können unsere Ressourcen jederzeit dort abgestellt werden und müssen nicht mehr wie bis anhin einmal in der Woche bereitgestellt werden.

Unrealistisch ist in unseren Augen, dass die Sammlung von Rüstabfällen durch zusätzliche Gebühren finanziert werden soll. Wir schlagen hier vor, auf die Senkung der Gebühren für die Kehrlichsäcke zu verzichten und damit die Sammlung von organischem Abfall zu finanzieren.

Die Fraktion der Grünen nimmt ablehnend Kenntnis vom Namen, aber zustimmend Kenntnis vom Inhalt der Ressourcenstrategie und hofft, dass sich unsere Nachfolger 2022 bei der Verabschiedung der neuen Strategie über die Bezeichnung Abfallstrategie wundern werden.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Die SP-Fraktion begrüsst die Abfallstrategie 2013 – 2022. Sie erachtet die erarbeitete Strategie als eine gute Beschreibung der aktuellen Situation im Abfallwesen. Wir sind aber der Meinung, dass hier kein revolutionärer Wurf vorliegt. Ein Beispiel: Auf Seite 22 ist unter den ökologischen Zielen in Punkt 5 nur vorgesehen, dass die Gemeinde bezüglich der Vermeidung von Abfällen im Vergleich zu ähnlichen Gemeinden im guten Durchschnitt liegen soll. Das ist wenig ambitiös. Die SP-Fraktion wünscht sich ein energischeres Vorgehen und fragt sich, weshalb man beim wichtigen Ziel, der Vermeidung von Abfall, die Ziellatte nicht höher legt. Eine Gesamtabfallmenge pro Einwohnerden, die im Vergleich zu anderen Gemeinden z. B. um 10 Prozent tiefer ist, würde der Gemeinde Köniz als Energiestadt Gold gut anstehen. Abfall ist eine Ressource und jeder Abfall der entsorgt werden muss, wurde einst mit Energie hergestellt. Zudem bedauert die SP-Fraktion, dass eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Bern nicht in die Vision der Abfallstrategie aufgenommen wurde. In unseren Augen könnte die Abfallentsorgung ein guter Träger des regionalen Gedankens sein. Hier sehen wir sinnvolle Synergieeffekte. Die Gemeinde Köniz wie auch die Stadt Bern entsorgen ihren nicht rezyklierbaren Abfall in die neue Energiezentrale von ewb (Energie Wasser Bern).

Die SP-Fraktion begrüsst aber, dass das Problem Littering und die Vermeidung von Abfall aktiv angegangen werden soll. So stehen wir der Einführung von Mehrweggeschirr bei öffentlichen Anlässen oder auch einer Litteringgebühr positiv gegenüber. Natürlich wird die genaue Ausgestaltung wichtig sein, denn dort ist das Fleisch am Knochen. Auf diese konkrete Regelung, wie auch auf das Für und Wider im Energiehaushalt, sind wir sehr gespannt.

Die SP-Fraktion warnt zudem vor einem vorschnellen und wenig gut überlegten Einführen von Sammelpunkten für die Abfallsammlung. Die Einrichtung von Sammelpunkten ist aus wirtschaftlicher Sicht gut nachvollziehbar und mag in neuen Quartieren durchaus sinnvoll sein. Sie kann jedoch Probleme in Quartieren schaffen, wo viele ältere Einwohnende leben. Schlecht mobile Personen sind auf kurze Wege angewiesen, sei dies beim Einkauf oder beim Entsorgen von Abfall. Die SP-Fraktion spricht sich dafür aus, dass Modelle gesucht werden, die die älteren Einwohnenden der Gemeinde Köniz nicht benachteiligen.

Insgesamt begrüsst die SP-Fraktion die Abfallstrategie und nimmt zustimmend Kenntnis davon.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Das kommunale Abfallkonzept 1989 soll durch die Abfallstrategie 2013 – 2022 ersetzt werden. Bei einem Konzept handelt es sich bekanntlich um eine Sammlung von Überlegungen mit dem Makel der Vorläufigkeit und bei einer Strategie um eine Sammlung von Wünschen mit dem Makel der Erfüllung in der Zukunft. Mein Beitrag zum Namen wäre: Abfall- und Recyclingstrategie.

Es geht hier um ein 5-Millionen-Franken-Geschäft und es lohnt sich, gut hinzuschauen und sich den Ratschlag von Winston Churchill über Strategie zu Herzen zu nehmen: „Wie schön auch die Strategie sein mag, zuweilen sollte man ihre Resultate überprüfen.“

Ich äussere mich zu vier Punkten:

Die Ergänzung des Entsorgungshofs ist in unseren Augen wichtig und muss an die Hand genommen werden, insbesondere sind die Öffnungszeiten und die Preisgestaltung zu beachten. Zur Litteringgebühr: Ich hoffe, dass man sich über die Konsequenzen der Einführung einer Litteringgebühr bewusst ist. Es gibt mehr Littering. Ich erkläre dies am Beispiel Kitas: Bei den Kitas war man der Meinung, dass es mühsam ist, wenn die Eltern ihre Kinder zu spät abholen, also wurde eine Gebühr für Eltern eingeführt, die ihre Kinder zu spät abholen. Die Eltern holten ihre Kinder jedoch noch später ab, weil sie ja eine Gebühr dafür bezahlen und somit die Rechtfertigung haben, ihre Kinder zu spät abzuholen. Das könnte in Bezug auf das Littering dieselbe Wirkung haben. Wer eine Litteringgebühr bezahlen muss, kann es sich leisten etwas weniger genau hinzuschauen. Zur Vergärungslösung: Der Betrieb von Siedlungskomposten hat einen schweren Stand, denn es ist schwierig Freiwillige zu finden, ist aber trotzdem ein Bedürfnis. Hier lohnt es sich, erhebliche Anstrengungen vorzunehmen, damit eine gute Lösung gefunden wird. Zu den ökonomischen Zielen: Auf Seite 24 steht unter Punkt 9: „Bei einer Ausweitung des Angebots auf weitere Sammelfraktionen oder der Dienstleistungen sind die Finanzierung und der Personalbestand aufzustocken.“ Mir scheint, das ökonomische Ziel wäre die Ausweitung des Angebots zum selben Preis und nicht eine Angebotsausweitung mit mehr Finanzen und Personal.

Eine Frage zu den Abfallbehältern an Bushaltestellen: Handelt es sich dabei um ein Ärgernis, um ein Übel oder um eine Chance?

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion nimmt teilweise zustimmend Kenntnis von der Abfallstrategie.

Fraktionssprecher Stephan Rudolf (BDP): Die BDP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von der vorliegenden Abfallstrategie.

In unseren Augen ist richtig, dass festgehalten wird, wo wir heute stehen und dass man sich die Mühe genommen hat, eine Mission und Vision zu formulieren. Der Begriff Strategie steht für zielorientiertes und ganzheitliches Vorgehen, also um einen langfristigen Plan im Gegensatz zur kurzfristigen Taktik, die Teil einer Strategie sein kann. Im Kontext der modernen Gemeindeverwaltung bedeutet dies, dass eine Strategie Schwerpunkte setzt und auch aufzeigt, auf welche Art und Weise die Mission zu erfüllen bzw. die Vision zu erreichen ist. Ziele dienen der Verwaltung als Leitplanken und müssen von der Direktion formuliert werden. Diese können meiner Meinung nach in einer Strategie messbar festgehalten werden. Genau hier liegt der Knackpunkt der vorliegenden Strategie: Die Ziele sind zum Teil doch relativ schwammig gesetzt. Ansätze zur konkreten Umsetzung fehlen oder sind nicht vollständig. Einige Beispiele: Als Ziel ist die Optimierung einer mobilen Sammlung definiert. Theoretisch ist das einfach, die praktische Umsetzung jedoch relativ schwierig. Aus meiner Sicht benötigt das auch gewisse Aufwände im Marketingbereich, um die als Dienstleistungsabbau empfundene Optimierung vorteilhaft verkaufen zu können. Die Zusammenarbeit mit überkommunalen Gremien, z. B. mit der Stadt Bern: Austausch und Kooperation sind heute bereits festgehalten. Was aber genau ist das Ziel, wenn die Gemeinde Köniz mit Bern oder mit anderen umliegenden Gemeinden Kooperationen diskutiert? Teilweise wurde der Teil Ökologie erwähnt. So wird z. B. festgehalten, dass die Gemeinde in ökologischer Hinsicht dauerhaft innovative Dienstleistungen erbringt. Das ist sehr allgemein gehalten. Im Ziel 5 ist festgehalten, dass man dauerhaft Abfälle vermeiden will. Um wie viel Prozent will man den wiederverwertbaren Anteil steigern? Im Vergleich mit anderen Gemeinden will man nicht über die Gesamtabfallmenge pro Einwohnende gehen. Das ist aus meiner Sicht ein relativ schwaches Ziel für die Gemeinde Köniz, die Vorbild sein will. Man könnte sich das Ziel setzen, 10 Prozent unter dem Durchschnitt von vergleichbaren Gemeinden zu liegen. Ich hätte im Bereich Abfallstrategie etwas mehr Innovation, konkretere und anspruchsvollere Ziele erwartet, die jedoch auch erreichbar und finanzierbar sein müssen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich danke Heinz Nacht für sein sehr gutes Votum zur Abfallstrategie als GPK-Referent. Es handelt sich um die erste Abfallstrategie. Basis dafür war das Abfallkonzept von 1989 und es war an der Zeit, dies auf eine neue Basis zu stellen. Die Abfallstrategie zeigt, in welche Richtung wir uns entwickeln wollen, sie gibt uns und Ihnen den Rahmen und zeigt die Handlungsfelder auf. Insofern handelt es sich um eine niedergeschriebene Basis.

Ich gehe auf einzelne Voten ein. Zuerst zu Bernhard Bichsel, dem ich für sein Kompliment zu unserer speditiven Art und Weise danke. Ich gehe auf einen der fünf von Bernhard Bichsel angeführten Punkte ein, die Einsehbarkeit von Sammelstellen. Wir liessen dieses Frühjahr eine Studie zu unseren Sammelstellen erarbeiten. Die Einsehbarkeit ist einer der wichtigen Punkte. Genau jene Sammelstellen, die am wenigsten einsehbar sind, sind die schmutzigsten. Die Angehung dieses Problems steht bei uns zuoberst auf der Liste.

Zu Hansueli Pestalozzi: Auch uns ist bewusst, dass Abfälle Ressourcen sind. Die Strategie ist auf 10 Jahre ausgelegt. Es wird eine grosse Herausforderung sein, innerhalb dieser 10 Jahre von einer Wegwerfgesellschaft zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft zu gelangen. Die Bezeichnung Ressourcenstrategie ist in meinen Augen noch etwas hoch gegriffen. Für eine nächste Strategie können wir versuchen, uns diese Bezeichnung auf die Fahne schreiben. Nichtsdestotrotz, das „cradle-to-cradle-Prinzip“ ist zurzeit wieder in Diskussion, auch auf Bundesebene. Wir sind in solchen Angelegenheiten abhängig von Überlegungen auf Bundesebene und gewissen Rahmenbedingungen, die geändert werden. Auch Überlegungen zur Wiedereinführung des Pfandes, womit die Recyclingquote massiv gesteigert würde, sind wieder im Gang. Zu Christian Roth und der Vision einer engen Zusammenarbeit mit der Stadt Bern: Wir wollen dies vorher angehen und nicht mit der Fristigkeit einer Vision. Wir sind mit der Stadt Bern in konkreten Gesprächen, vor allem in den Bereichen Unterflursammelstellen, Entsorgungshof und personelle Spitzen. Das Ziel könnte sein, dass wir effektiver werden, vor allem in der Übergangszeit.

Zu Hermann Gysel in Bezug auf die Vergärungslösung des Siedlungskompostes: Uns ist sehr wohl bewusst, dass wir hier zurzeit über ein sehr gutes System verfügen. Auch uns ist bewusst, dass Fronarbeit zurzeit nicht „in“ ist und wir haben Schwierigkeiten, dass diese Komposte weiter betrieben werden. Wir sind aber zum Schluss gekommen, diese aus folgendem Grund zurzeit nicht aufzuheben: Wenn wir zu einer Vergärungslösung kommen – nicht nur mit dem momentan eingesammelten Grüngut, sondern mit dem kompostierbaren Abfall aus Küchen – wären dafür bereits Sammelpunkte vorhanden. Dort wo es möglich ist, werden die Kompostieranlagen aufrechterhalten. Das Stichwort „Chance“ in Bezug auf die Abfallbehälter nehme ich gerne auf.

Zu Stephan Rudolf: Den Hinweis auf die Messbarkeit von Zielen, d. h. messbare Indikatoren die überprüft werden können, nehme ich gerne entgegen. Ich werde das Team der Abfallbewirtschaftung bitten, zwei oder drei messbare Indikatoren zu formulieren, damit wir für die nächsten vier Jahre etwas Fleisch am Knochen hätten.

Hansueli Pestalozzi verlässt die Sitzung. Es sind neu 34 Parlamentsmitglieder anwesend.

Beschluss

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis von der vorliegenden Abfallstrategie 2013 – 2022. (abgegebene Stimmen: 33 zustimmend, 1 teilweise zustimmend)

11. 1107 Motion (Grüne, BDP, SP, EVP/CVP/GLP) "Neu bauen mit erneuerbarer Energie" Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Umwelt und Betriebe und Direktion Planung und Verkehr

Jan Remund (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat für das Vorziehen der Energievorstösse in der Form als Teilrevision des Baureglements. Das macht Sinn, weil bei der Ortsplanungsrevision Verzögerungen zu gewärtigen sind. Wir danken ebenfalls für den genauen Terminplan für die Volksabstimmung im November 2014. Beim vorliegenden Vorstoss geht es darum, bei einem Neubau heute schon das Richtige zu tun. Neue Gebäude werden für eine Zeit gebaut, wo kaum noch fossile Ressourcen zur Verfügung stehen werden oder sehr teuer sind. Der grösste Teil der Bauherrschaften tut heute schon das Richtige, es werden kaum mehr Neubauten mit Öl- oder Gasheizung erstellt. Deshalb ist diese Vorlage nur ein kleiner Schritt für die Gemeinde Köniz, aber ein grosser Schritt für den Kanton und für die Schweiz. Die Gemeinde Köniz ist die erste im Kanton, die einen solchen Anteil für die Gebäude vorschreiben würde. Ich bin zuversichtlich, dass auch das neu zusammengesetzte Parlament der Motion gut gesinnt ist. Gemäss smartvote würden nur Kandidierende von der SVP und der FDP nein oder eher nein stimmen, alle anderen sagen ja oder eher ja. Ich bin auch zuversichtlich für die Volksabstimmung. Die Mehrheit der Könizerinnen und Könizer haben dem Gegenvorschlag von „Bern erneuerbar“ zugestimmt, der viel weiter gegangen wäre, nämlich bis 2050 100 Prozent erneuerbare Energie für alle Gebäude.

Die Fraktion der Grünen stimmt der Verlängerung der Erfüllungsfrist einstimmig zu.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Wie schon im Traktandum 10 angetönt, wird die FDP-Fraktion die beantragte Verlängerung der Erfüllungsfrist sowohl für Traktandum 11 wie auch für Traktandum 12 ablehnen.

Es geht uns nicht um den Inhalt der beiden Geschäfte als vielmehr um den Ablauf. Wir folgen dem Gemeinderat bei vielen Geschäften, so auch auf dieser Traktandenliste und wir können materiell seinen Antrag um Verlängerung der Erfüllungsfrist sogar nachvollziehen. Fakt bleibt aber, dass gerade beim Vorstoss 1307 „Weglassen der Ausnützungsziffer bei energetisch sanierten Gebäuden“, das Geschäft über Jahre hinweg verschleppt worden ist. Der Ursprung des Geschäfts geht zurück ins Jahr 2006. Diesen Zustand können wir nicht akzeptieren. Wir möchten deshalb unser Nein wie folgt verstanden haben: Solches soll in der Gemeinde Köniz nie mehr mit einem politischen Geschäft geschehen und zwar unabhängig aus welcher politischen Ecke es kommt.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): In aller Kürze: Sie haben dem Terminplan entnehmen können, dass uns die Einhaltung der Erfüllungsfristen leider nicht möglich ist. Ich versichere Ihnen, dass ich dran bleiben werde. Ich habe selber jegliches Interesse daran, wie Ihre Beratungen in der GPK wie auch im Parlament verlaufen. In den beiden Motionen sind Vorgaben enthalten, die so im Kanton Bern noch nicht bekannt sind, auch nicht in der Schweiz. Ich bin sehr gespannt, was Sie anlässlich der parlamentarischen Beratungen daraus machen und der Stimmbevölkerung allenfalls vorlegen wollen. Wir benötigen für die Erfüllung eine Fristverlängerung und ich wäre froh, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis 21. November 2015 verlängert.
(abgegebene Stimmen: 28 für die Verlängerung, 6 dagegen)

12. 1113 „Motion (FDP.Die Liberalen Köniz) „Nutzungsbonus für Bauten im Minergie-Standard oder besser“

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Umwelt und Betriebe und Direktion Planung und Verkehr

Bernhard Bichsel (FDP): Da die beiden Traktanden in einem Geschäft zusammengefasst sind, gilt mein vorhergehendes Votum auch für dieses Traktandum.

Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis 21. November 2015 verlängert.
(abgegebene Stimmen: 28 für die Verlängerung, 6 dagegen)

13. 1307 Motion (Heinz Nacht SVP) "Weglassen der Ausnützungsziffer bei energetisch sanierten Gebäuden"

Beantwortung und Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

Heinz Nacht (SVP): Mit der Antwort des Gemeinderats erklärt sich die SVP-Fraktion grösstenteils zufrieden. Hier geht es darum, Energie zu sparen und nicht darum Energieträger zu bestimmen und den Bürger damit „zu knechten“. Die Idee der vorliegenden Motion ist die Einsparung von Energie. Der Kanton kam uns mit seiner Sichtweise des Ganzen ziemlich entgegen. Die Ausnützungsziffer wird wahrscheinlich schon in den kantonalen Regelungen weggelassen. Ich bin nicht ganz zufrieden mit der Idee in Bezug auf die Balkone. Einigen Parlamentsmitgliedern durfte ich zeigen, um was es mir geht: Ein bei einem alten Haus erstellter Balkon hat in der Regel dieselbe Bodenplatte wie die Wohnung auch. Will man den Balkon energetisch sanieren, bestehen zwei Möglichkeiten: Entweder man schneidet ihn weg oder man umhüllt ihn mit Isolation. Die Umhüllung mit Isolation hat ausserdem den Vorteil, dass mehr Wohnfläche entsteht. Balkone sind in der Regel gegen Süden ausgerichtet und so kann man mit grossen Fensterflächen die passive Sonnenenergie viel besser nützen, was schlussendlich der Energie zugutekommt. Für jeden Sonnenstrahl in der Wohnung muss weniger beheizt werden. Das ist der einzige Punkt, der mich in der Antwort des Gemeinderats etwas stört.

Ich bin jedoch davon überzeugt, dass bei der vorgezogenen Überarbeitung des Baureglements über die genaue Auslegung noch diskutiert werden kann. Es macht schlussendlich keinen Sinn, jetzt für teures Geld Ausnützungsziffern „zusammenkaufen“ zu müssen, damit die Balkone entsprechend saniert werden können und sie gleich behandelt werden wie ein Estrichraum.

Der Stimmbevölkerung sollte Folgendes besser aufgezeigt werden: Estrichraum gilt nicht als Wohnfläche und dasselbe möchte ich für Balkone erwirken. Primär geht es darum, aus unserem bebauten Land möglichst viel Wohnfläche und Wohnqualität herauszuholen, aber möglichst wenig Energie dafür zu brauchen. So wird weniger Grünfläche verbaut werden müssen. Ich bin froh, wenn Sie der Erheblicherklärung der Motion zustimmen.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Fraktion der Grünen stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Annahme und gleichzeitige Abschreibung einstimmig zu. Die wichtigsten Punkte sind in unseren Augen bereits umgesetzt. Beim Vorstoss handelt es sich in meinen Augen um einen typischen „Heinz-Nacht-Vorstoss“: Sympathisch und offensichtlich aus dem Bauch heraus geschrieben. Baureglemente können sehr ärgerlich sein, wenn sie einen selber betreffen. Aber auch aus unseren Augen sollte eine Sanierung möglichst hindernisfrei realisiert werden können; die Gemeinde soll mithelfen und nicht verhindern.

Unsere Kritik ist einzig, dass der Vorstoss etwas besser hätte abgeklärt werden können. Ein Teil des Vorstosses ist unnötig, da er bereits erfüllt ist. Ein Teil des Vorstosses ist nicht möglich, weil die kantonalen Gesetzgebungen solches nicht erlauben.

Ein Wort zur Ausnützungsziffer respektive Geschossflächenziffer: Meistens ist sie kein Problem, da sie vielerorts nicht ausreißbar ist. Die generelle Abschaffung kann auch kritisch sein, weil dies in Quartieren zu Inhomogenitäten führen kann. Grundsätzlich sind aber eine höhere Flexibilität und eine dichtere Nutzung in den Quartieren auch von uns Grünen erwünscht. Wie mit der Ziffer genau umzugehen ist, soll von uns ausgesehen im Baureglement nochmals vertieft diskutiert werden.

Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP): Auch die SP-Fraktion wird der Erheblicherklärung der Motion und gleichzeitigen Abschreibung zustimmen.

In unseren Augen ist gut, dass die Kantonsregierung schnell reagiert hat und dies schon vor der Erfüllungsfrist erfüllt. Man sieht, auch eine rot-grüne Regierung kann sehr schnell sein.

Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP): Ich habe ein logisches Problem. Es wird beantragt, eine gute Idee, die eigentlich so nicht umgesetzt wird, erheblich zu erklären und abzuschreiben, weil sie eigentlich schon erfüllt ist. Ich werde dem so nicht zustimmen können.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Heinz Nacht rennt mit seinem Vorstoss offene Türen ein. Die Ausnützungsziffer wird mit der Harmonisierung der Baubegriffe abgeschafft. Das wird kein Thema sein und Sie werden im nächsten Frühjahr in der öffentlichen Mitwirkung sehen, dass nirgends mehr eine Ausnützungsziffer vorhanden ist. Ich verstehe Heinz Nacht, dass er sich nicht mit dem Umstand zufrieden erklären kann, dass die Balkone seines Hauses, das er sanieren liess, nicht verglast werden konnten. Auch wir erklären uns mit der kantonalen Verordnung nicht zufrieden. Seit 2009 hat der Kanton dies so beschlossen. Das ist im Übrigen nicht nur für Balkone gültig, sondern auch für Wintergärten; auch diese müssen an die Bruttogeschossfläche angerechnet werden, was zum Teil Verglasungen von Balkonen oder den Bau von Wintergärten verhindert.

In der öffentlichen Mitwirkung wird dies anders aussehen. Bis aber die Stimmbevölkerung darüber entscheiden kann, ist die kantonale Verordnung gültig.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

14. 1310 Richtlinienmotion (SP Kőniz) "Aufwertung und Stärkung des Orts- und Quartierzentrums - Koordinierte (Sanierungs-)Planungen im Spiegel"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Ruedi Lüthi (SP): Es gibt Wörter, die in unterschiedlichen Situationen auch unterschiedliche Bedeutungen haben, z. B. Fliege, Maus, Steuer, Zylinder. Das muss wohl auch beim Wort Masterplan so sein. Raumplanende denken an Strategien für künftige Siedlungs- bzw. Quartierentwicklungen, also an grosse Dinge. Projektleiter oder Projektfoliolenleiter verstehen unter Masterplan jedoch einen übergeordneten Plan bestehend aus mehreren Projektplänen.

Mit der vorliegenden Richtlinienmotion soll erreicht werden, dass die verschiedenen Vorhaben bzw. Projekte im Spiegel aufeinander abgestimmt und koordiniert sind. Es soll also keine weiteren Jahre dauernden Gestaltungsstudien geben. Für den Ortsteil Spiegel liegt eine Gestaltungsstudie vor, das ist im Vorstosstext wie in der Antwort des Gemeinderats aufgeführt. Auch im IAFP 2014, von dem das Parlament einstimmig zustimmend Kenntnis genommen hat, ist enthalten, dass die Legislaturziele in Punkt 8.2.2 öffentlicher Raum, erreicht worden sind; unter anderem mit der Gestaltungsstudie für den Ortsteil Spiegel.

Aus diesem Grund habe ich nicht ein Postulat, sondern eine Richtlinienmotion eingereicht. Mit der gleichen Bitte, die die Bevölkerung im Spiegel im April anlässlich der Hauptversammlung des Spiegel-Leistes auch an den Gemeinderat gelangte: Die Umsetzungsprojekte im Spiegel sollen besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. An den Projekten im Spiegel sind alle fünf Direktionen beteiligt und eine Koordination der Planung und eine einheitliche Kommunikation sind zwingend notwendig. Diesen Wunsch kann man dem Protokoll der vorhin erwähnten Hauptversammlung entnehmen. Mit einer transparenten globalen Projektplanung entstehen keine Verzögerungen und Mehrkosten, sondern es wird günstiger. Es werden weniger Einsprachen eingereicht und die Bewohner sind weniger verunsichert und dadurch entsteht auch weniger Opposition für die geplanten Vorhaben.

Wenn ich den letzten Satz in der Antwort des Gemeinderats lese: „Die bisher erfolgten Projekt-schritte und Koordination untereinander erachtet er als vollumfassend und ausreichend. Der Gemeinderat beantragt, die Motion abzulehnen.“ Gerade an der HV des Spiegel-Leistes waren die anwesenden Gemeinderatsmitglieder auch der Meinung, dass die übergeordnete Projektkoordination besser sein sollte. Das war Anlass dafür, dass ich an der folgenden Parlamentssitzung den Vorstoss eingereicht habe. In den letzten drei Monaten ist die Bevölkerung zusätzlich verunsichert worden und es wurden weitere Einsprachen eingereicht. So befürchteten z. B. bei der Fällung von geschützten, aber kranken Bäumen an der Bellevuestrasse einige, dass nun die Sanierungsarbeiten ohne Mitwirkungsverfahren beginnen. Zusätzlich war keine Bewilligung für das Fällen dieser Bäume vorhanden. Folge davon waren die erwähnten Einsprachen. Dann die Sanierung der Schulanlage Spiegel, wo plötzlich von zusätzlichem Raum die Rede war. Auch hier standen wiederum unterschiedliche Aussagen im Raum und wieder wurden Befürchtungen laut. Man war sogar der Meinung, dass nun durch die Hintertür das Blinzernplateau eingezont werde. Der Verein Blinzernplateau rief eine ausserordentliche Versammlung ein, um die Situation zu klären. All das dient einer Vertrauensstärkung nicht und macht die Sache weiterhin unsicher. Leider kommen aus den verschiedenen Direktionen immer wieder unterschiedliche Aussagen. Das war auch so mit der Sitzung des Spiegel-Leists mit der Post, der Migros und der Liegenschaftsverwaltung der Liegenschaft, in der sich Bank und Restaurant befinden. Von der Gemeindeverwaltung war keine Person anwesend, die über die Projekte der Gemeinde hätte Auskunft geben können. Es konnte nicht über die künftige Sanierung der Schulanlage informiert werden, d. h. über den Zugang, die Plätze, die Verkehrsordnung, den Kindergarten, öffentliche Parkplätze, usw. und deshalb konnten den privaten Liegenschaftsbesitzern Ängste nicht genommen werden.

Mit der Annahme der Motion entstehen keine grösseren Defizite, wie in der Antwort aufgeführt, sondern weil weniger Einsprachen eingereicht würden, könnten Kosteneinsparungen möglich sein. Auch die Bevölkerung sollte mehr Transparenz in Bezug auf die Meilensteine der Planung haben. Auch das bringt keinen zusätzlichen Aufwand, sondern eher weniger.

Die Alternative zur beantragten Ablehnung ist, dass ich die Motion zurückziehe und das Wort „Masterplan“ durch „Gesamtplan“ ersetze. Das Verfahren zur Aufstellung eines Masterplans ist jedoch rechtlich nicht definiert und auch das Wort Masterplan fand ich in keinem Reglement der Gemeinde Kőniz. Der letzte Satz in der Motionsbeantwortung macht mir klar, dass der Gemeinderat genau weiss, was die Motion bewirken soll. Für mich ist es unerklärlich, insbesondere mit den von mir aufgezählten Vorfällen, dass der Gemeinderat zum Schluss gelangen kann, dass die bisher erfolgte Koordination vollumfassend und ausreichend ist.

In meinen Augen ist das Gegenteil der Fall. Es braucht einen übergeordneten Plan, Koordination und einheitliche Kommunikation.

Ich bitte Sie im Interesse der Bevölkerung im Spiegel, die Motion erheblich zu erklären. Dies auch im Interesse der Steuerzahler. Wenn Sie der Meinung sind, dass der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt werden soll, bin ich bereit dazu. Ich wünsche mir eine Lösung, die allen zugutekommt und mit welcher die Zukunft gestaltet werden kann.

Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP): Unter dem schönen Titel „Aufwertung und Stärkung des Orts- und Quartierzentrums – Koordinierte (Sanierungs-) Planungen im Spiegel“ will die vorliegende SP-Motion den Gemeinderat beauftragen, einen Masterplan für das Spiegel-Zentrum zu erarbeiten. Das tönt gut und im ersten Moment kann man als Parlamentsmitglied der Meinung sein, dass soll so realisiert werden. Auf den zweiten Blick stellen sich gewisse Fragen. Zurzeit läuft unter der Federführung der SP-Gemeinderätin Katrin Sedlmayer die Ortsplanungsrevision, wo Fragen über Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Versorgung, usw. in einem Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Was soll deshalb mit einem weiteren Instrument Masterplan noch koordiniert werden? Haben die Motionäre kein Vertrauen in ihre Parteikollegin im Gemeinderat. Die Frage sei auch erlaubt, wer den Masterplan mit der Ortsplanungsrevision koordiniert.

Die BDP-Fraktion ist aber der Meinung, dass hier viel Geld für eine doppelte Planung ausgegeben werden soll: Für Ortsplanungsrevision und Masterplan. Die nachteiligen Folgen beschreibt der Gemeinderat in seiner Motionsbeantwortung: Wird die Motion angenommen, werden Projekte wie die Sanierung der Schulanlage im Spiegel oder der Spiegel- und Bellevuestrasse für mehrere Jahre blockiert. Hätten die Motionäre mit ihrer Gemeinderätin gesprochen, wären sie von selber darauf gekommen, dass die Motion unnötig ist und teuren Leerlauf produziert. Der erste Leerlauf war der Bericht, der erarbeitet werden musste und die Beratung heute im Parlament dazu. Es ist höchste Zeit, hier deutlich nein zu weiterer Geldverschwendung zu sagen.

Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung der Motion zustimmen.

Fraktionssprecher Markus Plüss (Grüne): Gemäss Ortsplanung handelt es sich beim Spiegel um ein Ortszentrum, aber eines das eher an Attraktivität verliert. Das wurde uns an einer Wahlveranstaltung bewusst. Es waren so wenige Personen anwesend, dass wir einen Umzug ins Steinhölzli vorgezogen haben. Damit es Ortszentrum bleiben kann, müsste es attraktiver werden und die Bevölkerung muss es als attraktives Zentrum erleben. Dafür ist eine koordinierte Planung und Kommunikation nötig, damit die Bevölkerung mitbekommt, dass das Ortszentrum seinen Wert auch behalten kann. Das ist auch die Motivation für die Einreichung der Motion. Die Fraktion der Grünen kann der Antwort des Gemeinderats entnehmen, dass die Koordination eines Masterplans zu Verzögerungen führen würde und das wollen wir nicht. So gesehen ist unsere Haltung dazu, dass wir die Motion ablehnen, einer allfälligen Umwandlung in ein Postulat aber zustimmen würden.

Hermann Gysel (EVP): Die Beurteilung der ganzen Sache im Spiegel ist für mich schwierig. Materiell möchte ich nicht darauf eintreten. Einen Hinweis möchte ich dennoch abgeben: Es handelt sich um eine Richtlinienmotion und um die Frage, ob allenfalls der Umwandlung in ein Postulat zugestimmt werden könnte.

Ich bitte Sie, die Motion nicht in ein Postulat umzuwandeln, weil damit Aufwand für den Gemeinderat erzeugt wird, indem er einen Prüfbericht erstellen muss. Wenn wir der Richtlinienmotion zustimmen, hat der Gemeinderat die Möglichkeit, dies so abzulehnen und mit gesundem Menschenverstand dafür sorgen, dass die verschiedenen Projekte im Spiegel miteinander koordiniert werden.

Ein solches Vorgehen würde ich erwarten. Ich traue dem Gemeinderat zu, dass er hier richtig vorgeht und dann wird es letztlich eine Frage von politischen Sympathien oder Antipathien sein, ob man dem zustimmen wird oder nicht. Materiell spielt dies jedoch keine Rolle.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich verstehe die Ängste und Bedenken der Bewohnenden im Spiegel, dass ihr Zentrum am Serbeln ist. Ich muss hier jedoch festhalten, dass ein Zentrum auch von den Menschen rundherum lebt und wenn weniger im Zentrum eingekauft wird, ist das mit ein Grund für den Attraktivitätsverlust.

Der Gemeinderat hat die Motion im raumplanerischen Sinn geprüft und deshalb ist die Antwort wie vorliegend ausgefallen. Ich bin froh, findet der Motionär, dass ein solch grosses Instrument wie ein Masterplan nicht notwendig und zu aufwändig ist. In der Verwaltung werden alle grösseren Vorhaben aufeinander abgestimmt.

So wurde z. B. der Abteilung Gemeindebauten für die Ausschreibung des Wettbewerbs für die Sanierung der Schulanlage Spiegel das Betriebs- und Gestaltungskonzept Spiegel mitgegeben. Wenn wir dem Gemeinderat für ein grösseres Projekt einen Kredit beantragen, werden alle betroffenen Fachabteilungen zu einem Mitbericht angeschrieben, d. h. jede kann Bedenken und Anliegen einbringen. Damit wird ein Projekt ein erstes Mal koordiniert. Bei der Einreichung des Baugesuchs, das allen betroffenen Abteilung zum Mitbericht gegeben erfolgt eine erneute Koordination und diese Mitberichte sind sehr wichtig für die Baubewilligung, denn zum Teil werden Vorbehalte angebracht. Mir scheint wichtig, dass Ihnen dies bekannt ist.

Zu den einzelnen Voten: Andreas Lanz hat gesagt, dass der Motionär das Gespräch mit mir nicht gesucht habe. Ich muss ihn hier in Schutz nehmen. Die Ortsplanungsrevision stimmt die Nutzungsplanung, das Baureglement, die Baulinienpläne, usw. miteinander ab, aber ein Masterplan ist viel detaillierter als wir dies in der Ortsplanungsrevision vornehmen können. Dieser Vergleich ist nicht ganz richtig.

Zu Markus Plüss: Die Attraktivität eines Zentrums hängt immer von den Menschen ab, die dieses auch nützen und beleben.

Zum Thema ob bei der Schulhaussanierung zusätzlicher Raum entsteht oder nicht: Vor zwei Jahren war noch nicht bekannt, ob auf dem Schulareal genügend Schulraum realisiert werden kann. Bei der detaillierten Planung klärte die Abteilung Gemeindebauten mit der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport den notwendigen Raumbedarf genau ab. Man kam zum Schluss, dass die Realisierung auf dem bestehenden Gelände möglich ist.

Für den Gemeinderat besteht kein Handlungsbedarf und deshalb beantragt er die Ablehnung der Motion. Wenn sie von Ihnen erheblich erklärt wird, würden wir dies nicht als Masterplanung im raumplanerischen Sinn beantworten, sondern im Sinn wie vom Motionär geschildert.

Beschluss

Die Motion wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 21 für Ablehnung, 8 für Erheblicherklärung)

15. 1312 Richtlinienmotion (FDP.Die Liberalen Köniz) "Senkung Grundgebühr Kehricht" Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Heidi Eberhard (FDP): Ich bin sehr beeindruckt über die Begründung des Gemeinderats, weshalb ein grünes Anliegen und etwas Gutes für die Könizer Bevölkerung nicht sofort umgesetzt und eingeführt werden soll. Bei der Eingabe der Motion wurde durchaus bewusst die Senkung der Kehricht-Grundgebühr und nicht der Sackgebühr gefordert; Stichwort Verursacherprinzip. Die Stadt Bern hat aufgrund der Realisierung der Energiezentrale Forsthaus per 1. November 2013 die Preise gesenkt. Auf jeden Fall profitiert von dieser Senkung auch die Gemeinde Köniz, weil die gebührenfinanzierte Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung entlastet wird. Die Spezialfinanzierungen sind dazu da, die Kosten einer speziellen Sache zu decken, in diesem Fall die Abfallbewirtschaftung. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen eine Ansammlung von Gebühren auf Vorrat aus. Der Gemeinderat der Stadt Bern, den hier einige – die Ausnahme bestätigt die Regel – als Vorbild nehmen, hat die Reduktion am 1. November 2013 genehmigt.

Die FDP-Fraktion will nichts anderes, als dass die zwischenzeitlich bereits wirksame Gebührensenkung auch an die Könizer Bevölkerung weitergegeben wird. Wir wollen die Senkung der Kehricht-Grundgebühr und nicht der Sackgebühr. Wir können die Argumentation des Gemeinderats zwar nachvollziehen, beurteilen dies aber politisch als nicht optimal, besonders in Zeiten von hoher ökologischer Sensibilität. Das Verursacherprinzip ist ein wichtiges, kostengünstiges Lenkungsinstrument. Wir wollen, dass der Verbrauch besteuert wird und nicht, dass mit dem Giesskannenprinzip alle gleich behandelt werden. Wer viel Kehricht produziert, soll auch mehr dafür bezahlen.

Fazit: Es gibt keinen Grund, die Grundgebühren nicht per sofort zu senken. Damit wird das Verursacherprinzip gestärkt.

Die Motionärin hält an der Motion fest.

Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne): Die Fraktion der Grünen hat sich über diesen Vorstoss den Kopf doch ziemlich zerbrochen. Gebührensenkungen sind nicht per se ein grünes Anliegen. Das oberste Ziel der Abfallgebühren ist die Vermeidung von Abfall, so steht es in der Verfassung und in etlichen Gesetzen. Gebühren sind notwendig, um die Entsorgungs- und Verwertungskosten zu decken. Abfall ist nicht gratis.

Der Antwort des Gemeinderats kann entnommen werden, dass z. B. das Eigenkapital der Spezialfinanzierung Abfall noch unterdotiert ist. Grundsätzlich finden wir es auch richtig, wenn Ersparnisse zurückgegeben werden können. Im vorliegenden Fall sind wir jedoch zum Schluss gelangt, dass die Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Wären sie gegeben, würde die Gemeinde von sich aus schauen, da sind wir sicher.

Etwas unschön ist, dass unsere Sackgebühren höher sind als jene in der Stadt Bern. Der Abfalltourismus sollte möglichst vermieden werden. In diesem Bereich müsste vielleicht regional mehr zusammengespant werden. Die Hoheit soll jedoch bei den Gemeinden bleiben.

Das Bundesgericht hat im Litteringfall der Stadt Bern die Gebührengrundsätze einmal mehr klar festgelegt und ausgearbeitet: Zur Finanzierung des Abfalls ist eine Kombination aus mengenabhängigen und mengenunabhängigen Gebühren zulässig. Die mengenunabhängigen sind die Grundgebühren. Unzulässig wäre ein System, das die Abfallentsorgung allein mittels Grundgebühren bezahlen würde.

Die Ersparnis hat nicht die Konsequenz, dass nun weniger Abfall abgeliefert wird. Es sind andere Gründe, die ewb (Energie Wasser Bern) die Bewirtschaftung günstiger machen. Die Senkung der Abfallgebühren ist in unseren Augen ein falsches ökologisches Signal. Wir finden, das Ersparte soll nun im Sinn der Abfallstrategie eingesetzt werden: Für saubere und attraktive Abfallsammelstellen, in die Information für die Bevölkerung, für die Freiwilligenarbeit bei den Kompostierstellen im Sinne der Entrichtung eines Obolus und in moderne Entwicklungen die absehbar sind (Unterflurbetriebe) und in die Sammlung von biogenen Abfällen in Zukunft und die Verwertung derselben.

Wir werden die Motion ablehnen.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Viele aus der SP-Fraktion haben den Vorstoss unterzeichnet. Sie befanden damals als in Ordnung, dass die Abfalltarife überprüft werden sollen, wenn die neue Energiezentrale ihre Annahmepreise senkt. Nun liegt die Antwort des Gemeinderats vor. Wir entnehmen daraus, dass das Tarifsysteem in der Gemeinde Köniz nicht eindimensional betrachtet werden kann, denn viele Faktoren beeinflussen diesen Tarif. Es macht deshalb wenig Sinn, die Grundgebühren per sofort zu senken. Wir hätten es aber begrüsst, dass der Gemeinderat bereit ist, das Anliegen zu überprüfen, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt würde.

In der Fraktion haben wir nicht damit gerechnet, dass die Motionärin an der Motion festhält und deshalb kann ich hier nicht bekannt geben, wie die SP-Fraktion abstimmen wird. Einer Umwandlung in ein Postulat hätten wir einstimmig zugestimmt.

Fraktionssprecher Ulrich Witschi (BDP): Als Bürger der Gemeinde Köniz möchte auch ich möglichst tiefe Kehrichtgebühren bezahlen. Ich möchte jedoch nicht nur möglichst tiefe Kosten, sondern auch gute Lösungen. Hansueli Pestalozzi hat solche Visionen bereits beschrieben: Hin zu einer Kreislaufwirtschaft.

Aus dem Bericht des Gemeinderats können wir entnehmen, dass wir betreffend Kosten gut stehen, auch im Vergleich mit der Stadt Bern. Ebenfalls ist ersichtlich, dass der Handlungsspielraum für die Weitergabe von Gebührensenkungen relativ gering ist. Die Verwaltung hat die reglementarisch festgeschriebenen Aufgaben gemacht, bzw. den Rahmen den das Parlament ihr mit Reglement und zugeordneten Aufgaben gegeben hat, gut umgesetzt. Deshalb erachtet die BDP-Fraktion das Ziel der Motionäre als auf einem recht guten Erfüllungsstand und verweist auf die Rechnungsbeispiele.

Unsere Schlussfolgerung ist, dass das Geschäft auf diesem Stand bewendet lassen soll, weil die Wirkung eher klein ist. Wir alle zusammen – das haben wir mit der zustimmenden Kenntnisnahme der Abfallstrategie ausgedrückt – wollen eine Weiterentwicklung. Deshalb scheint es uns falsch, wenn hier operativ eingegriffen und der Spielraum der Verwaltung eingeengt wird. Will man Ziele erreichen, müssen dafür genügend Spielraum und die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Das Eigenkapital der Spezialfinanzierung überschreitet die Empfehlungen der KPG noch nicht. Unsere Haltung ist folgende: Lassen wir die Verwaltung arbeiten, anstatt sie mit Prüfberichten zu beschäftigen. Wir danken einerseits für den Vorstoss, die Frage ist berechtigt. Andererseits sind wir mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden. Wäre die Motion in ein Postulat umgewandelt worden, hätten wir die Erheblicherklärung und gleichzeitige Abschreibung beantragt.

Weil an der Motion festgehalten wird, wird sie von der BDP-Fraktion abgelehnt.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Die Gebührenerhebung im Bereich Abfall ist eine Gratwanderung. Die beiden Komponenten, der Verursacherteil und der Gebührenteil, sollen in einem ausgewogenen Verhältnis und kostendeckend sein.

Mit der Einführung des Umweltschutzgesetzes wurde erst möglich, dass verursachergerechte Gebühren überhaupt erhoben werden konnten. Dannzumal war man der Meinung, dass nun das goldene Mittel für die Abfallvermeidung und –verkleinerung gefunden worden sei. Man hatte das Gefühl mit einem möglichst hohen Verursacherteil werde weniger Abfall produziert und viel mehr recycelt. Das ist jedoch nicht der Fall. Der Abfall landete im Wald, am Strassenrand, in den öffentlichen Abfalleimern und türmt sich noch heute bei den Sammelstellen. Fazit: Die Gestaltung von Gebühren ist eine Gratwanderung. Es ist kein Dogma, es gibt auch keinen richtigen Weg. Die Stadt Bern geht in diesem Bereich anders vor als die Gemeinde Köniz. Wir möchten eher die Sackgebühr senken, damit nicht noch eine grössere Differenz zwischen den umliegenden Gemeinden und uns entsteht. Wir möchten aber auch keinen Anreiz zu Abfalltourismus bieten. Die Stadt Bern hat die Gebührensenkung per anfangs November an die Bevölkerung weitergegeben. Wir haben im Sinn, dies auf Mitte 2014 zu realisieren, damit eine zweite komplette Abfallrechnung vorhanden ist, mit welcher dann berechnet werden kann, in welchem Umfang eine Senkung weitergegeben werden kann. Dass wir etwas an die Bevölkerung zurückgeben wollen, ist in meinen Augen richtig und wird von mir unterstützt.

Ich mache Ihnen deshalb beliebt, der Verwaltung und der Direktion zu überlassen, wie die Gratwanderung weiter gegangen wird, vor allem ob eine Senkung nur bei den Sackgebühren oder vielleicht auch ein wenig bei den Grundgebühren vorgenommen wird.

Wir beantragen Ihnen deshalb, die Motion als Postulat erheblich zu erklären.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Ippen: Der Gemeinderat beantragt die Erheblicherklärung der Motion als Postulat. Da die Motionärin an der Motion festhält, stimmen wir über die Motion ab.

Beschluss

Die Motion wird abgelehnt.

(abgegebene Stimmen: 20 für Ablehnung, 6 für Erheblicherklärung)

16. Verschiedenes

Folgender Vorstoss ist neu eingereicht worden:

1317 Postulat (Martin Graber, SP) „Partnergemeinden bekannter machen“

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Dass das Baugesuch der Firma H.H. Käser GmbH bereits publiziert ist, sorgte für Erstaunen. Dazu Folgendes: Wenn ein den Vorschriften entsprechendes Baugesuch eingereicht wird, muss dieses publiziert werden. Klar ist aber, dass das Baugesuch erst dann bewilligt werden kann, wenn die Zonenplanänderung a) von der Stimmbewölkerung und b) vom Kanton genehmigt ist.

An der Sitzung vom 9. Dezember 2013 wird ein Antrag aus der DPV zur Beschaffung eines Kommunalfahrzeugs zu beraten sein. Die Beschaffung des Fahrzeugs ist bereits öffentlich ausgeschrieben, aber unter dem Vorbehalt des Parlamentsbeschlusses. Wenn Sie der Anschaffung zustimmen, muss der Vertrag noch 2013 abgeschlossen werden können, damit die dafür zur Verfügung stehenden Mittel nicht verloren gehen. Deshalb die Ausschreibung schon jetzt.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Vor mehr als drei Jahren haben Sie das GEAK-Reglement beschlossen, d. h. eine Unterstützung durch die Gemeinde für den Gebäudeenergieausweis der Kantone, wenn eine erste Massnahme vorliegt. Sie haben das Reglement damals auf drei Jahre befristet beschlossen. Die Frist läuft nun per 31. Dezember 2013 aus, d. h. ab 2014 wird es von der Gemeinde her keine Unterstützung mehr für den GEAK geben. Im Reglement ist festgehalten, dass die letzten Gesuche bis Ende Oktober 2013 eingereicht werden konnten. Wir werden Ihnen deshalb anlässlich der Sitzung vom 9. Dezember 2013 einen Zwischenbericht über den Stand geben und informieren, weshalb wir keine Verlängerung beantragen. Den Schlussbericht werden Sie im Februar 2014 erhalten. Weitere Massnahmen sind jedoch schon geplant und auch darüber werden wir Sie informieren.

Thomas Verdun (SVP): Mein Wort richtet sich an den Gemeinderat und ich bitte um Folgendes: Es geht um einen Artikel, der letzten Freitag bezüglich der Polleranlage in der BZ zu lesen war. Seit Sommer 2013 ist die Anlage wegen wiederholter Störungen ausser Betrieb. Sie müsste repariert werden. Dem Bericht kann entnommen werden, dass sich der Gemeinderat bis En-

de November entscheiden müsste, ob die Anlage nochmals repariert werden soll oder nicht. Für ihre Entscheidung gebe ich Ihnen einige Gedanken mit auf den Weg. Unverkennbar ist, dass der Verkehr seitdem die Poller unten blieben, in gewissen Zeiten massiv besser läuft. Er verteilt sich gut, was dem Zentrum von Köniz für die Fussgängerquerungen zugutekommt wie auch dem allgemeinen Langsamverkehr. Die Verbesserungen sind augenfällig. Indirekt wäre eine Öffnung der Landorfstrasse ein Mehrwert. Mir liegt aber Folgendes am Herzen: Heute haben wir viel über Energie beraten. Ich gebe Ihnen mit auf den Weg, dass das Umwegfahren, wenn jemand aus Richtung Niederwangen nach Schliern fahren will, im Jahr zwischen 60 bis 100 Tonnen Mehrausstoss an CO₂- ausmacht. Nur allein durch die geschlossenen Poller. Ob die Gemeinde Köniz dies als Energiestadt mit Goldlabel einfach so ignorieren kann, ist in meinen Augen mit Nein zu beantworten. Hier muss eine Lösung gesucht werden. Sollte sich der Gemeinderat für die Reparatur der Poller entscheiden, läge es in seiner Hand die Öffnungszeiten zu überdenken. Unnötiges Umwegfahren in der Nacht oder an Wochenenden, muss das tatsächlich sein? Die Verkehrssicherheit auf dem Ventilabschnitt ist ein Problem, aber lösbar. Man hat im Zentrum von Köniz bewiesen, dass gute Lösungen möglich sind. Ich bitte den Gemeinderat, seinen Entscheid in dieser Sache gut zu überdenken.

Stephie Staub-Muheim (SP): Per E-Mail habe ich bereits die Publikation „Hommage an Bruno Wurster“ verdankt. Eine gute Ausstellung eines Könizer Künstlers an verschiedenen Nebenschauplätzen, z. B. im Chornhuus auf dem Schlossareal oder im Lichthof des Gemeindehauses, wie auch im Atelier des verstorbenen Künstlers. Der Gemeinderat hat zudem eine Aufführung des Musical „Cabaret“ von Konzert Theater Bern erworben und sich entschlossen, die Eintrittskarten stark verbilligt für Könizer Bürgerinnen und Bürger abzugeben. Wer eine solche Karte im Gemeindehaus Bläuacker erworben hat, kam zu einer tollen Aufführung direkt vor der Haustüre in den Vidmarhallen im Liebefeld. In der Pause sind die Musical-Besucher noch zu einem Apéro eingeladen worden, das die Gemeinde sponserte. Das wurde rege benützt und führte zu guten Gesprächen. Im Namen der Könizer Bevölkerung möchte ich dem Gemeinderat herzlich danke sagen für die gute Idee, der Bevölkerung kulturell etwas zu bieten und zurückzugeben. Es wäre schön, wenn solche Anlässe zu einer langjährigen Tradition werden könnten.

Heinz Nacht (SVP): Den Medien konnte entnommen werden, dass die Poststelle in Schliern geschlossen wird. Das Dorfzentrum in Schliern ist somit um einen weiteren wichtigen Begegnungspunkt ärmer und stirbt immer mehr aus. Im Flyer steht zwar geschrieben, dass der Gemeinderat die zukünftige Lösung mit dem Ortsverein Schliern zusammen unterstütze, dass nun die Bäckerei Aegerter – die jeweils am Montag geschlossen ist – eine Postagentur weiterführt. Für die KMU gibt es jedoch grosse Nachteile: 80 oder 90 Prozent unserer Postgeschäfte können nicht mehr bei der Postagentur getätigt werden, d. h. wir müssen mindestens einmal pro Tag nach Köniz fahren.

Luc Mentha (SP): Ich verdanke die relativ undifferenzierte Äusserung von Heinz Nacht. In Tat und Wahrheit wird die Öffnungszeiten der Postagentur in Schliern erheblich ausgedehnt. Fast alle Postgeschäfte können in der Postagentur getätigt werden, nur mit Bargeld kann nicht bezahlt werden. Eingeschriebene Briefe können so am Samstag oder sogar am Sonntag abgegeben werden, wie auch Pakete abgeholt. Aus dieser Sicht hat mich die sehr negative Beurteilung gestört. Wir haben mit der Post hart um eine Lösung gerungen, denn die ersatzlose Schliessung der Post stand auch zur Diskussion. Die nun vorliegende Lösung wurde mit dem Einverständnis des Ortsvereins getroffen. Die Bewertungen, welche die Post zu Postagenturlösungen erhält, werden Jahr um Jahr besser. Die Ursache des Ganzen ist, dass die Bevölkerung von Schliern die Post nicht mehr benützte.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit und wir sehen uns wieder zur letzten Sitzung 2013 nach dem Wahlstress am 9. Dezember 2013.

Im Namen des Parlaments

Erica Kobel-Itten
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament